

Der Angriff der Reichen auf die Arbeitslosen

Der übelste Antrag kam vom schwerreichen Industriellen Peter Spuhler. Er zielte darauf ab, die Leistungen der Versicherung für die Arbeitslosen zu halbieren. Die gesamte SVP-Fraktion unterstützte diesen Antrag. Will da noch jemand behaupten, diese Partei vertrete die Interessen der kleinen Leute?

Von Hans-Jürg Fehr

Die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes kann nicht anders denn als Feldzug der Reichen gegen die Arbeitslosen beschrieben werden, vor allem gegen die jungen Arbeitslosen. Mit einer sozialen Härte sondergleichen haben SVP, FDP und CVP den grössten Leistungsabbau beschlossen, den es in der Geschichte der Arbeitslosenversicherung je gegeben hat. Und dies ausgerechnet in einer Zeit, in der täglich 200 Leute mehr arbeitslos werden. In einer Zeit, in der diejenigen, die die Arbeitslosigkeit mit der Bankenkrise verursacht haben, mit Handschuhen angefasst werden und bereits wieder Millionenboni kassieren.

Der zweite Wortführer neben Spuhler war Johann Schneider-Ammann, ebenfalls ein schwerreicher Industrieller. Er hat nicht nur sämtliche Verschlechterungen für die Arbeitslosen unterstützt, er hat auch dafür gesorgt, dass die Grossverdiener möglichst keine Prämien an die Versicherung abliefern müssen. Ich habe in der vorberatenden Wirtschaftskommission und auch im Plenum die Frage aufgeworfen, warum eigentlich nur auf den Löhnen bis 126'000 Franken pro Jahr Prämien bezahlt werden müssten, auf den darüber liegenden Löhnen aber nicht? Die Antwort lautete: Weil auch nur die ersten 126'000 versichert sind. Ich habe darum beantragt, auf dem gesamten AHV-pflichtigen Lohn Prämien für die Arbeitslosenversicherung zu erheben und umgekehrt auch den ganzen prämienpflichtigen Lohn zu versichern. Das hätte zur Folge gehabt, dass der Arbeitslosenversicherung jährlich 340 Millionen Franken mehr zugeflossen wären - bezahlt von den bisher geschonten Grossverdienenden. Dieser Antrag hätte nicht nur eine gerechtere Finanzierung bedeutet; er hätte es auch erlaubt, die Schulden der Versicherung schneller abzubauen, die Versicherung schneller zu sanieren und die Prämien auf den unteren und mittleren Löhnen früher wieder zu senken. Der Antrag wurde von den bürgerlichen Fraktionen geschlossen versenkt. Ihr Herz schlug einmal mehr für die oberen Zehntausend.

Den hohen Preis zahlen die Arbeitslosen, vor allem die jungen Arbeitslosen. Ihnen wird der Zutritt zur Versicherung erschwert (sie müssen länger einzahlen bevor sie Taggelder bekommen), ihnen werden die Leistungen massiv gekürzt (sie bekommen weniger lang Taggelder) und von ihnen wird verlangt, jede Arbeit anzunehmen, auch eine, die mit ihren Fähigkeiten nichts zu tun hat, die miserabel bezahlt wird oder sie zu einem Wohnortswechsel zwingt. Verschlechtert werden auch die Leistungen für die Langzeitarbeitslosen: Wenn jemand 260 Taggelder bezogen hat, wird ihm für die verbleibende Bezugsdauer das Taggeld um fünf Prozent gekürzt. (Zur Erinnerung: Die Taggelder betragen 70 Prozent des zuletzt bezogenen Lohnes für Alleinstehende, 80 Prozent für Leute mit Unterhaltspflichten.) Diesen Antrag stellte der Multimillionär Schneider-Ammann.

Das alles läuft auf die Privatisierung der Kosten der Arbeitslosigkeit hinaus. Die Arbeitslosen müssen länger von dem leben, was sie an Vermögen haben. Junge Leute und Arbeiter oder Angestellte besitzen aber in der Regel wenig bis nichts, also werden sie bei der Sozialhilfe landen, für die Kantone und Gemeinden zuständig sind. Die Konferenz der kantonalen

Sozialdirektoren schätzt die Kosten, die wegen den von den eidgenössischen Räten beschlossenen Verschlechterungen bei der Arbeitslosenversicherung auf Kantone und Gemeinden überwältzt werden, auf jährlich bis zu 250 Millionen Franken. Sie werden sich aber nicht bieten lassen, was die bürgerliche Mehrheit in Bundesbern beschlossen hat. SP und Gewerkschaften werden es erst recht nicht akzeptieren und das Referendum ergreifen.